

## **Verhalten bis schlecht**

### **- Der Blick auf das Jahr 2025 im Saarland -**

### **Die Saarländische Armutskonferenz (SAK) zieht Bilanz**

Am Ende des Jahres heißt es Bilanz ziehen – so auch in der Saarländischen Armutskonferenz. Die neue Satzungsstruktur mit der Einrichtung der Arbeitsgruppen verwandelt die Mitgliederversammlung nun auch in einen fachlich und sachlich geprägten Jahresrückblick.

Bedauerlicherweise musste die SAK im Jahr 2025 feststellen, dass anstelle der erhofften Unterstützung seitens der Landesbehörden ein Mehr an Bürokratie auf sie zukam. „Wir lassen uns – egal, was uns noch an weiterer Bürokratie vorgesetzt wird und wie viele zusätzliche bürokratische Hürden erfunden werden – nicht davon abhalten, die Lobbyarbeit für die von Armut betroffenen Menschen fortzusetzen, notfalls weiterhin wie bisher im Ehrenamt“, so Michael Leinenbach, Vorsitzender der SAK.

Michael Leinenbach bedankte sich bei allen Aktiven der SAK, ohne deren ehrenamtliches Engagement im Jahr 2025 – mit all seinen Herausforderungen, sei es die enorme Bürokratie oder die steigenden Probleme im Bereich der Armut, die aufgrund der Entwicklung des Saarlandes auch in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden – die Arbeit nicht geleistet werden können. Allein das Leitungsteam der SAK nahm im Jahr 2025 an mehr als 150 externen Terminen teil. Die internen Termine aller SAK-Aktiven sowie die externen Termine der Arbeitsgruppen sind hierbei noch nicht mitgezählt.

## **Vertretungen**

Die SAK war auch in diesem Jahr wieder in zahlreichen Organisationen und Bündnissen vertreten. Dazu zählen u. a. der Beirat zur Armutsbekämpfung des Saarlandes, die NGO-Gruppe des Beirats zur Armutsbekämpfung des Saarlandes, der Saarland-Sozialgipfel, die NAK (Nationale Armutskonferenz), die AG Gesundheit der NAK, das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung der NAK in Berlin, die AG der Landesarmutskonferenzen, die Gremien der drei Quartiere der



quartiersbezogenen Armutsbekämpfung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit, die Gremien der Melde- und Steuerungsstelle zur Vermeidung von Strom-, Wasser- und Gasperren (in der Verbraucherzentrale Saarland), der AKKS (Arbeitskreis Kindergeld und Sozialhilfe) sowie das Netzwerk Wohnungslosigkeit Saarlouis.

## **Politische Arbeit**

Politische Gespräche wurden mit verschiedenen Parteien, Organisationen und Funktionsträger\*innen geführt. Darüber hinaus nahm die SAK entsprechende Einladungen u. a. zu Empfängen, Jubiläen und Fachgesprächen von Partnern, Parteien, Kirchen und Verbänden im Rahmen der Vernetzungsarbeit wahr.

## **Bildungsarbeit**

In Kooperation mit weiteren Partnern wurden Bildungsveranstaltungen weiterentwickelt und im Jahr 2025 durchgeführt. Neue Formate sind der SAK-Talk sowie das SAK-Forum. Am Ende der Veranstaltungen werden die Ergebnisse gesammelt und in Form von Forderungen formuliert. Der Nachweis über die Veranstaltungen befindet sich digital im Pressespiegel auf der Homepage der SAK.

## **Stellungnahmen und Positionierung**

Im Geschäftsjahr 2025 wurden erneut diverse Stellungnahmen und Positionierungen der SAK sowie ihrer Arbeitsgruppen – teils auch gemeinsam mit Partnern – formuliert und veröffentlicht. Zu den Themen zählen u. a. Bürgergeld, Wohnen und Gesundheit. Sämtliche Stellungnahmen und Positionierungen werden auf der Homepage zentral zusammengeführt und können dort abgerufen werden.

## **Antragswesen**

Auch für das Jahr 2025 wurde erneut ein Zuschussantrag für die Vorhaltung einer Geschäftsstelle einschließlich einer Vollzeitstelle gestellt. Mitte des Jahres erging der Bewilligungsbescheid. Dieser beinhaltete die Zuwendung für die Unterhaltung der Geschäftsstelle, eine halbe Stelle für einen Referentin, Öffentlichkeitsarbeit sowie Buchhaltung, Personal- und Mitgliederverwaltung. Trotz intensiver Ausschreibung der Referent\*innenstelle konnte diese im Jahr 2025 nicht besetzt werden.



Vorübergehend wurden geringfügig Beschäftigte eingestellt. Der Antrag wurde erneut für das Jahr 2026 gestellt. Projektanträge zur Intensivierung und Beteiligung von von Armut betroffenen Menschen wurden im Jahr 2025 zurückgezogen, da sie aufgrund ihrer Laufzeit (mehr als zwei Jahre) trotz mehrfacher Rücksprachen dauerhaft geändert werden sollten.

Aufgrund der hohen Priorität dieses Themas für die SAK wurde ein Antrag für 2026 an anderer Stelle gestellt. Der Aufruf an Träger, entsprechende Kontakte zu von Armut betroffenen Menschen herzustellen, konnte aufgrund der aktuellen Arbeitsdichte in den Einrichtungen und Projekten nicht umgesetzt werden. Für die Zukunft ist eine intensive Zusammenarbeit mit KISS Saarland geplant.

## Arbeitsgruppen der SAK

Im Jahr 2025 haben die Arbeitsgruppen der SAK erneut getagt und eigene Stellungnahmen entwickelt. Die ehrenamtlichen Arbeitsgruppen informierten darüber, wie sich die Situation konkret im Saarland darstellt.

So erläuterte Christine Steimer, Vorständin und Mitglied des Leitungsteams der SAK für die Arbeitsgruppe **Soziale Sicherung**, dass sie sich aufgrund der vielen Anforderungen mittlerweile nicht nur auf das Bürgergeld spezialisiert, sondern den Fokus auf die allgemeine soziale Sicherung nach SGB XII erweitert hat – insbesondere auch auf Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigungen. Christine Steimer mahnt zu einer besonnenen und differenzierten Betrachtung der aktuellen Prozesse. Die noch ausstehende Abstimmung über die Details der Einführung des Bürgergeldes im Bundestag wird weitere Entwicklungen zeigen. Fakt ist, dass sich die Sanktionen definitiv erhöhen werden, bis hin zur vollständigen Sanktionierung. Hier bleibt abzuwarten, wie das Bundesverfassungsgericht mit solchen Gesetzen umgehen wird. Auch die Deckelung der Kosten für die Unterkunft muss aus Sicht der AG sehr kritisch gesehen werden. Die AG wird im nächsten Schritt anhand eines Papiers mit dezierten Punkten zu den zu erwartenden Spannungsfeldern im Leistungsbereich den Standpunkt der SAK veröffentlichen. Dieses Papier wird zusätzlich allen demokratischen saarländischen Abgeordneten übergeben und mahnt zur Besinnung.

Im Bereich Bildung wurde die Ausleihe von technischen Geräten an Schulkinder kritisch betrachtet – insbesondere im Hinblick auf Stromsperrungen und ähnliche Problemlagen. Die Arbeitsgruppe verwies im Kontext der Bürgergelddebatte darauf, dass auch die Minijobs im Fokus der Kritik bleiben müssen. Faktisch profitieren nur die Arbeitgeber von dieser Organisationsform. Ausnahmen für Rentner\*innen und Studierende sollen jedoch unberührt bleiben. Kollegin Dagmar Ertl ergänzte diese Ausführungen mit entsprechenden Zahlen, die von der Arbeitskammer zusammengestellt wurden.



Mitgedacht werden sollen auch alle, die trotz Erwerbstätigkeit in den Leistungsbezug fallen. Aufgrund der Entwicklung im Saarland erwartet die SAK in diesem Bereich einen enormen Anstieg des Unterstützungsbedarfs für betroffene Menschen. Grundsätzlich musste festgestellt werden, dass das Thema aufgrund seiner Komplexität momentan generell auf wenig Interesse stößt.

Dirk Merkel, neues Vorstandsmitglied der SAK, berichtete aus der **AG Armut bei älteren Menschen** und stellte deren Positionen und Forderungen vor. Die AG befasste sich u. a. mit der Grundrente, der Überlegung eines kostenlosen ÖPNV, der Befreiung von der GEZ, der Freistellung von Mitgliedsbeiträgen in Vereinen sowie möglichen Vergünstigungen im kulturellen Bereich, um Teilhabe zu ermöglichen. Dirk Merkel merkte an, dass nicht jeder ältere Mensch einen Pflegegrad und somit Anspruch auf pflegerische Leistungen und Transport hat. Eine weitere wichtige Forderung der AG sind barrierefreie, niedrigschwellige Zugänge zu Behörden. Die Informationszugänge sind aktuell teilweise sehr umständlich und unübersichtlich. Derzeit prüft Dirk Merkel u. a. die digitalen Zugänge in verschiedenen Gemeinden. Lösungen könnten Sozial- und Seniorenlotsen sein sowie eine persönliche Information über Leistungsansprüche. Der Zugang hierzu sollte jedoch unbürokratisch und einfach sein – es bedarf keines neuen Bürokratieaufbaus in den Landesbehörden.

Michael Leinenbach vertritt die **AG Armut und Gesundheit**, die er auch in der Nationalen Armutskonferenz (NAK) vertritt. In aktuelle Forderungen der NAK konnte der Einbezug des ländlichen Raumes – eine zentrale Forderung der SAK – aufgenommen werden. Michael Leinenbach kritisierte, dass bisher keine Ergebnisse des Aktionsplans zur Armutsbekämpfung, die in der Arbeitsgruppe Gesundheit vorbereitet wurden, vorgestellt wurden. Weder im Beirat zur Armutsbekämpfung des Landes noch innerhalb der Arbeitsgruppe wurden Ergebnisse der Umsetzung bekanntgegeben. Die SAK konnte ihrerseits, basierend auf den Forderungen, ebenfalls keine Umsetzung durch die Landesregierung erkennen. Die Forderung nach einer dezentralen medizinischen Versorgung analog zum Mainzer Modell wurde seitens des Landes nicht einmal offen diskutiert.

Eine Bitte der von Armut betroffenen Menschen in der NAK ist die stärkere Auseinandersetzung mit psychischen Erkrankungen. Eine Mitgliedsorganisation der SAK berichtete in diesem Zusammenhang von mehreren Bundesprogrammen, auch zur Situation von Schülerinnen und Schülern, die eingestellt wurden. Dirk Merkel wies darauf hin, dass in Hessen psychisch Erkrankte bei Äußerungen zu Fremdgefährdung polizeilich erfasst und gelistet werden. Es stellt sich die Frage, was mit den Daten dieser Listen geschieht. Es besteht die Befürchtung, dass solche Maßnahmen unter dem Deckmantel der Sicherheit auch in anderen Bundesländern eingeführt werden und zu einer flächendeckenden Stigmatisierung der Betroffenen führen.



Das Thema **Armut bei queeren Menschen** soll nach dem Willen der Mitgliederversammlung künftig stärker aufgegriffen werden. Beispielsweise kommt es aktuell vor, dass diese Zielgruppe aufgrund mehrfacher Diskriminierung Schwierigkeiten hat, eine Wohnung zu finden.

Frank Couck, bisheriges Vorstandsmitglied, berichtete aus der **AG Wohnen und öffentlicher Raum**. Die AG befasste sich intensiv mit der Problematik des Pavillons in der Saarbrücker Innenstadt und war auch im Sozialausschuss zu Gast. Der Stadtrat hat sich erfreulicherweise gegen eine Schließung dieser zentralen Anlaufstelle entschieden. Die AG hat hierzu bereits eine Stellungnahme verfasst. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gibt es im Saarland keine valide Datenlage. Es fallen mehr Wohnungen aus dem Sozialwohnungsbestand heraus, als neue geschaffen werden. Frank Couck verwies darauf, dass Studierendenwohnraum nicht als sozialer Wohnungsbau im Sinne der Definition gilt.

Mittlerweile herrscht in der Praxis die Situation, dass kein Wohnberechtigungsschein ausgefüllt werden muss, da dieser nur ein Jahr gültig ist. De facto können vulnerable Gruppen in dieser Zeit nicht in entsprechenden Wohnraum vermittelt werden. Die Investorenlösung, die derzeit vom Ministerium propagiert wird, wird seitens der AG als nicht zielführend eingestuft. Das neue, bereits herabgesetzte Ziel von 3.000 Wohnungen ist bei Weitem nicht ausreichend.

Christoph Jacob, 2. Vorsitzender der SAK, berichtete zum Thema **Energie- und Wasserversorgung**, dass die Beratungsstelle wieder besetzt werden soll. Es gibt einen Notfallfonds für verschuldete Haushalte im Bereich Gas, Wasser und Strom. Im Bereich **Energiesicherung** wurden bereits einige Forderungen umgesetzt. Demnächst soll der Runde Tisch wieder eingesetzt werden. Auch auf die Energiewirtschaft soll wieder stärker zugegangen werden.

Für die geplante Gruppe „**Selbstorganisation Betroffener**“ wurden der SAK trotz mehrfacher Versuche keine Betroffenen aus den Einrichtungen gemeldet. Irene Portugall wird sich zukünftig speziell diesem Thema widmen und Kontakte knüpfen. In einem ersten Schritt nahmen Irene Portugall und Christoph Jacob an der Konferenz Armutsbetroffener der NAK in Berlin teil. Schwerpunkt der Debatten war der deutschlandweite Wohnungsmangel. Die Vertreterin der CDU-Bundestagsfraktion signalisierte kein Entgegenkommen auf politischer Ebene. Ein wichtiges Thema war Frauenarmut, die bundesweit zunimmt und mittlerweile auch sichtbarer wird. Frauen sind auf der Straße häufig von Gewalt betroffen. Gewalterfahrungen können wiederum zu Suchterkrankungen und Trauma-Folgeerkrankungen führen.

Irene Portugall verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Armut in der queeren Community, die selten offen thematisiert wird. In Berlin nahm sie zu diesem Thema an einem Podium teil. Zum Abschluss des Berliner Treffens fand eine Demonstration auf dem Alexanderplatz statt.



## **Christoph Jacob, Christine Steimer und Lilli Rosar-Ickler bilden das Team der AG Quartiersbezogene Armutsbekämpfung.**

Nach Einrichtung der Quartiere hatte die SAK beschlossen, für jedes Quartier eine Ansprechperson zu benennen und nicht – wie zunächst von der Politik vorgesehen – eine zentrale Person einzusetzen. Wie die Aufgaben im Ministerium wachsen, nehmen sie auch in der SAK zu, was jedoch von den zuständigen Behörden nicht wahrgenommen wird. Prinzipiell ist es begrüßenswert, dass eine ministerielle Kooperation mit Organisationen, Kreisen und Gemeinden stattfindet. Grundsätzlich muss jedoch – wie in allen Bereichen der SAK – darauf hingewiesen werden, dass auch die Mitwirkung in den Quartieren ehrenamtlich erfolgt.

Die Quartiere haben Ziel- und Maßnahmenkataloge veröffentlicht, die unterschiedliche Handlungsfelder behandeln und einzelne Maßnahmen ankündigen. Diese Maßnahmen werden von den SAK-Vertretungen in den jeweiligen Quartieren unterschiedlich bewertet. Insgesamt sind gute Ansätze vorhanden, insbesondere die verstärkte Bürger\*innenbeteiligung. Allerdings sind die geplanten Maßnahmen aus Sicht der SAK-Vertretungen auch zusammengekommen nicht umfassend geeignet, um die Armut in diesen Stadtteilen wirksam zu bekämpfen. Gerade in Burbach fehlt es an grundlegenden Elementen der Infrastruktur wie Kita-Plätzen, Ausbau des ÖPNV, sozialem Wohnraum und vielem mehr.

Aufgrund der begrenzten Zeit konnten nicht alle fachlichen Themen, mit denen sich die SAK im Jahr 2025 befasste, in der Mitgliederversammlung besprochen werden. Eine vollständige Übersicht bietet die Homepage der SAK: <https://sak-ev.de/>.

## **Würdigung für Wolfgang Edlinger: Empfang der SAK anlässlich der Verleihung des Bundesdesverdienstkreuzes**

Im Rahmen einer Feierstunde am 26. August 2025 im Festsaal der Staatskanzlei wurde Wolfgang Edlinger mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Zu Ehren dieser besonderen Würdigung richtete die Saarländische Armutskonferenz (SAK) am 19. September 2025 einen Empfang im Damen- und Herrensaal der AWO Saarbrücken aus. Bei diesem Empfang konnte eine Vielzahl früherer Mitstreiter\*innen aus dem Kollegenkreis, dem Ehrenamt sowie dem Freundeskreis von Wolfgang Edlinger begrüßt werden.



## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Auch im Jahr 2025 war die SAK ein bedeutender Medienpartner. Die Homepage wurde weiterentwickelt, und der Newsletter wurde in einen regelmäßigen Versand überführt. Sämtliche Informationen werden auf der Homepage zentral zusammengeführt und können dort abgerufen werden.

## Danksagung

Allen Mitgliedern, Partnern, Unterstützer\*innen der Arbeit der SAK sowie der Politik, der Presse und den Medien sagen wir unseren herzlichen Dank für die Unterstützung der Arbeit der SAK.

Für die SAK stehen auch weiter die Maxime:

**Saarländische Armutskonferenz (SAK) e.V.**  
„Lobby für arme Menschen im Saarland“  
„Armen Menschen eine Stimme geben“

Saarbrücken, den 12.12.2025